

Germany-Berlin: Accounting, auditing and fiscal services
OJ S 50/2022 11/03/2022
Contract notice – utilities
Services

Legal Basis:

Directive 2014/25/EU

Section I: Contracting entity

I.1. Name and addresses

Official name: Berliner Verkehrsbetriebe, Bereich Einkauf/ Materialwirtschaft (VEM)

Postal address: Holzmarktstraße 15-17

Town: Berlin

NUTS code: DE300 Berlin

Postal code: 10179

Country: Germany

E-mail: Einkauf.SE2@bvg.de

Internet address(es):

Main address: <https://vergabekooperation.berlin>

I.3. Communication

The procurement documents are available for unrestricted and full direct access, free of charge, at: https://vergabekooperation.berlin/NetServer/TenderingProcedureDetails?function=_Details&TenderOID=54321-Tender-17f25d175ca-4cf8c1101a54b9d2

Additional information can be obtained from the abovementioned address

Tenders or requests to participate must be submitted electronically via:

https://vergabekooperation.berlin/NetServer/TenderingProcedureDetails?function=_Details&TenderOID=54321-Tender-17f25d175ca-4cf8c1101a54b9d2

I.6. Main activity

Recreation, culture and religion

Section II: Object

II.1. Scope of the procurement

II.1.1. Title

Steuerberatungsleistungen

Reference number: FEM2-0135-2022

II.1.2. Main CPV code

79200000 Accounting, auditing and fiscal services

II.1.3. Type of contract

Services

II.1.4. Short description

Überwiegend werden insbesondere folgende Steuerberatungsleistungen benötigt:

- Erstellung von Gutachten und Stellungnahmen zu umsatz-,
ertrag- sowie energie- und stromsteuerrechtlichen Sachverhalten

- Beratungsleistungen im Zusammenhang mit der Einheitsbewertung von Grundstücken sowie grundsteuerliche und grunderwerbsteuerliche Fragestellungen
- Steuerberatungsleistungen im Zusammenhang mit Steuergesetzänderungen
- Steuerliche Würdigung von Vereinbarungen, insbesondere Dienstleistungsverträgen, Geschäftsbesorgungs- und Kooperationsverträgen
- Umsatzsteuerrechtliche Beratungsleistungen zu grenzüberschreitenden Leistungsbeziehungen
- Unterstützungsleistungen im Rahmen von Betriebsprüfungen
- Betreuung von außergerichtlichen und gerichtlichen Rechtsbehelfsverfahren
- Beantragung von verbindlichen Auskünften, mündliche oder schriftliche Verhandlungen mit dem Finanzamt bzw. Hauptzollamt
- Beratungsleistungen im Zusammenhang mit Umstrukturierungen und/oder der Gründung von Tochtergesellschaften

II.1.5. Estimated total value

II.1.6. Information about lots

This contract is divided into lots: no

II.2. Description

II.2.3. Place of performance

NUTS code: DE300 Berlin

Main site or place of performance: Berlin

II.2.4. Description of the procurement

Überwiegend werden insbesondere folgende Steuerberatungsleistungen benötigt:

- Erstellung von Gutachten und Stellungnahmen zu umsatz-, ertrag- sowie energie- und stromsteuerrechtlichen Sachverhalten
- Beratungsleistungen im Zusammenhang mit der Einheitsbewertung von Grundstücken sowie grundsteuerliche und grunderwerbsteuerliche Fragestellungen
- Steuerberatungsleistungen im Zusammenhang mit Steuergesetzänderungen
- Steuerliche Würdigung von Vereinbarungen, insbesondere Dienstleistungsverträgen, Geschäftsbesorgungs- und Kooperationsverträgen
- Umsatzsteuerrechtliche Beratungsleistungen zu grenzüberschreitenden Leistungsbeziehungen
- Unterstützungsleistungen im Rahmen von Betriebsprüfungen
- Betreuung von außergerichtlichen und gerichtlichen Rechtsbehelfsverfahren
- Beantragung von verbindlichen Auskünften, mündliche oder schriftliche Verhandlungen mit dem Finanzamt bzw. Hauptzollamt
- Beratungsleistungen im Zusammenhang mit Umstrukturierungen und/oder der Gründung von Tochtergesellschaften

Leistungszeitraum: 01.07.2022 - 30.06.2024 zzgl. Fortführungsoption bis maximal 30.06.2026
Die nähere Beschreibung befindet sich in der Leistungsbeschreibung.

II.2.5. Award criteria

Price is not the only award criterion and all criteria are stated only in the procurement documents

II.2.6. Estimated value

II.2.7. Duration of the contract, framework agreement or dynamic purchasing system

Start: 01/07/2022 End: 30/06/2024

This contract is subject to renewal: yes

Description of renewals:

Die BVG hat das Recht, die Rahmenvereinbarung bis maximal 30.06.2026 einseitig zu verlängern.

1. Fortführungsoption: 01.07.2024 - 30.06.2025

2. Fortführungsoption: 01.07.2025 - 30.06.2026

II.2.10. Information about variants

Variants will be accepted: no

II.2.11. Information about options

Options: yes

Description of options:

1. Fortführungsoption: 01.07.2024 bis 30.06.2025

2. Fortführungsoption: 01.07.2025 bis 30.06.2026

II.2.13. Information about European Union funds

The procurement is related to a project and/or programme financed by European Union funds:
no

II.2.14. Additional information

Section III: Legal, economic, financial and technical information

III.1. Conditions for participation

III.1.1. Suitability to pursue the professional activity, including requirements relating to enrolment on professional or trade registers

List and brief description of conditions:

Jedes Unternehmen, das als Bewerber, Mitglied einer
Bewerbergemeinschaft oder Eignungsleihgeber an der
Ausschreibung teilnimmt, hat folgende Unterlagen /Erklärungen
vorzulegen:

1. Handelsregistrauszug oder einen vergleichbaren Nachweis
(z.B. Vereinsregister, Partnerschaftsregister), der zum Datum
des Abgabetermins für den Teilnahmeantrag nicht älter als drei
Monate ist.

2. Darstellung des Unternehmens mit Angaben zum Namen,
Haupt- und Nebensitze, Rechtsform, Beteiligungsverhältnissen
des Unternehmens.

3. Eigenerklärung, dass von allen an dem Projekt mitwirkenden
Mitarbeitern die Verpflichtung zur Beachtung des

Datengeheimnisses nach § 53 Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) "Bundesdatenschutzgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. November 2019" bzw. die am Sitz des Unternehmens geltenden Datenschutzbestimmungen eingeholt wurde bzw. spätestens bis zum Vertragsbeginn eingeholt wird.

4. Eigenerklärung, dass nur solche Mitarbeiter im Projekt eingesetzt werden, die dazu bereit sind, eine Verpflichtungserklärung gemäß § 1 des Verpflichtungsgesetzes abzugeben

5. Eigenerklärung dazu, dass keiner der in §§ 123, 124 GWB in der aktuellen Fassung aufgelisteten Ausschlussgründe vorliegt.

6. Eigenerklärung, dass die Voraussetzungen für einen Ausschluss gemäß § 21 Abs. 1 Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) nicht vorliegen.

7. Eigenerklärung des Bewerbers, dass die Voraussetzungen für einen Ausschluss gemäß § 21 Abs. 1 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz (SchwarzArbG) nicht vorliegen.

8. Eigenerklärung, dass die Voraussetzungen für einen Ausschluss gemäß § 19 Abs. 1 Mindestlohngesetz (MiLoG) nicht vorliegen.

9. Eigenerklärung, dass keine Eintragung im Berliner Korruptionsregister vorliegt.

Hinweise: Für die Angaben ist grundsätzlich das Formblatt "Eigenerklärung zur Eignung" zu verwenden.

Bei Vorliegen von Ausschlussgründen wird der AG Angaben der Bewerber zur Selbstreinigung nach § 125 GWB sowie den zulässigen Zeitraum für Ausschlüsse nach § 126 GWB berücksichtigen.

III.1.2. Economic and financial standing

List and brief description of selection criteria:

1) Umsatz: Angabe des Jahresumsatzes für die Jahre 2019, 2020, 2021 für vergleichbare Leistungen (vergleichbare Leistungen sind Steuerberatungsleistungen) in EUR netto

Der AG stellt für o. g. Eigenerklärungen ein Formblatt

"Eigenerklärung zur Eignung" zur Verfügung.

Minimum level(s) of standards possibly required:

Jahresumsatz für vergleichbare Leistungen i.H.v. mindestens: 30 Mio. EUR in den Jahren 2019, 2020 und 2021.

III.1.3. Technical and professional ability

List and brief description of selection criteria:

1) Anzahl der festangestellten Mitarbeiter*innen: Angabe der durchschnittlichen Mitarbeiterzahlen für die Jahre 2019, 2020, 2021 mit Unterteilung nach Rechtsanwälten, Wirtschaftsprüfern, Steuerberatern und Sonstige

2) Steuerberatungsleistungen für ein Unternehmen der öffentlichen Daseinsvorsorge

(Mitarbeiteranzahl: mindestens 1.000 Mitarbeiter*innen)

innerhalb der Jahre 2019-2021

3) Qualifikationen /Kenntnisse für alle zum Einsatz

kommende(n) Mitarbeiter*innen für die BVG

4) Qualifikationen /Kenntnisse der/die mandatsverantwortliche/n

Steuerberater*in und/oder Wirtschaftsprüfer*in für die BVG

Der AG stellt für o. g. Eigenerklärungen ein Formblatt

"Eigenerklärung zur Eignung" zur Verfügung.

Minimum level(s) of standards possibly required:

zu 1) in den Jahren 2019, 2020 und 2021 im Jahresdurchschnitt

mindestens 1.000 festangestellte Mitarbeiter*innen.

zu 2) mindestens drei Referenzen über vergleichbare

Leistungen (Steuerberatungsleistungen) aus

dem Jahr 2019, 2020 oder 2021 (Als vergleichbar gilt eine

Leistung, die Steuerberatungsleistungen zum

Gegenstand hat und für ein Unternehmen der öffentlichen

Daseinsvorsorge (Mitarbeiteranzahl: mindestens 1.000

Mitarbeiter*innen) erbracht wurde.)

zu 3) für alle zum Einsatz kommende(n) Mitarbeiter*innen sind

SAP-R3 4.7-Kenntnisse, IT-Kenntnisse in Bezug auf

angewandte IT-Verfahren und Kenntnisse der

spezifischengesetzlichen Vorschriften vorhanden

zu 4) Der/die mandatsverantwortliche/n Steuerberater*in und/oder Wirtschaftsprüfer*in für die

BVG verfügt/verfügen über folgende Kenntnisse:

- Prüfung öffentlicher Unternehmen mit einem Mindestumsatz in

Höhe von mindestens 40 Mio. EUR pro Jahr oder großer

Kapitalgesellschaften im Sinne von §267 HGB

- Prüfung von Unternehmen der Verkehrsbranche

- Prüfung von Unternehmen mit einer Mitarbeiteranzahl > 1.000

Mitarbeiter*innen

III.1.4. Objective rules and criteria for participation

List and brief description of rules and criteria:

Der Auftraggeber behält sich nach § 51 Abs. 2 SektVO unter

Einhaltung der Grundsätze der Transparenz und der

Gleichbehandlung vor, die Bewerber aufzufordern, fehlende,

unvollständige oder fehlerhafte unternehmensbezogene

Unterlagen oder sonstige Nachweise nachzureichen, zu

vervollständigen oder zu korrigieren.

Der Auftraggeber wird anschließend die vollständigen und

fristgerecht eingegangenen Teilnahmeanträge inhaltlich prüfen.

Die Nichterfüllung der Mindeststandards führt in jedem Fall zum

Ausschluss.

III.1.7. Main financing conditions and payment arrangements and/or reference to the relevant provisions governing them

siehe Vergabeunterlagen

III.1.8. Legal form to be taken by the group of economic operators to whom the contract is to be awarded

gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter

III.2. Conditions related to the contract

III.2.2. Contract performance conditions

- Jegliche Kommunikation sowie alle Dokumentationen sind in deutscher Sprache zu erstellen, ggf. durch zertifizierte Übersetzung
- Der Auftragnehmer hat gem. Frauenförderverordnung während des Auftrags Maßnahmen zur Frauenförderung durchzuführen oder einzuleiten. Hierzu hat der Bieter mit der Angebotsabgabe eine Erklärung zur Frauenförderung iSd Frauenförderverordnung abzugeben.
- Die Vorgaben nach dem BerlAVG, insbesondere zum vergaberechtlichen Mindestlohn, sind zu berücksichtigen.
- Weitere Vorgaben, die im Rahmen der Ausführung des Auftrags einzuhalten sind, ergeben sich aus den weiteren Vergabeunterlagen, insbesondere der Leistungsbeschreibung.

Section IV: Procedure

IV.1. Description

IV.1.1. Type of procedure

Negotiated procedure with prior call for competition

IV.1.3. Information about a framework agreement or a dynamic purchasing system

The procurement involves the establishment of a framework agreement
Framework agreement with a single operator

IV.1.8. Information about the Government Procurement Agreement (GPA)

The procurement is covered by the Government Procurement Agreement: no

IV.2. Administrative information

IV.2.2. Time limit for receipt of tenders or requests to participate

Date: 08/04/2022 Local time: 12:00

IV.2.3. Estimated date of dispatch of invitations to tender or to participate to selected candidates

Date: 11/04/2022

IV.2.4. Languages in which tenders or requests to participate may be submitted

German

IV.2.6. Minimum time frame during which the tenderer must maintain the tender

Tender must be valid until: 30/06/2022

Section VI: Complementary information

VI.1. Information about recurrence

This is a recurrent procurement: no

VI.3. Additional information

1. Der Auftraggeber ist Sektorenauftraggeber nach

§ 100 Abs. 1 Nr. 1 GWB und unterliegt neben dem GWB und der SektVO insbesondere dem Berliner Ausschreibungs- und Vergabegesetz (BerlAVG).

2. Durch diese Bekanntmachung wird der Teilnahmewettbewerb (TNW) des Verhandlungsverfahrens begonnen, in dem sich die interessierten Unternehmen mit den in dieser Bekanntmachung angegebenen Angaben, Erklärungen u. Nachweisen um die Teilnahme am Verhandlungsverfahren FEM2-0135-2022 bewerben können.

Geeignete Bewerber/Bewerbergemeinschaften (BewGe) werden zum Verhandlungsverfahren zugelassen und zur Angebotsabgabe aufgefordert (voraussichtliche Frist Erstangebot: 29.04.2022, 12:00).

3. Die Übermittlung von Bewerberfragen hat ausschließlich unter Nutzung der Funktionalität der Vergabepattform AI (vgl. Ziff. I.3) unter Angabe der Bezeichnung der Maßnahme (vgl. Ziff. II.1.1)) u. des Aktenzeichens FEM2-0135-2022 zu erfolgen. Auskünfte werden grundsätzlich nur auf solche Fragen erteilt, die bis zum 31.03.2022 an die unter Ziffer I.1) bezeichnete Stelle unter Nutzung der Funktionalität der Vergabepattform (vgl. Ziff. I.3) eingegangen sind. Der Auftraggeber behält sich vor, verspätete Anfragen nicht zu beantworten. Mündliche Bewerberfragen werden nicht beantwortet. Der AG wird etwaige Informationen (auch die Formulare) u. Beantwortung von Fragen von Bewerbern zum TNW sowie sonstige Klarstellungen des AG, die das Vergabeverfahren betreffen, auf der Plattform AI veröffentlichen.

Der AG empfiehlt daher allen Bewerbern, täglich den vorbenannten Link zum Abruf von aktuellen Informationen u. Klarstellungen des AG sowie Antworten von Bewerberanfragen zum Vergabeverfahren zu nutzen. Die Bewerber sollen die vom AG zur Verfügung gestellte Nachrichtenfunktion im Vergabemanager AI verwenden. Teilnahmefrist: 08.04.2022, 12:00 Uhr

4. Mit der Benennung der Referenzen stimmt der Bewerber/ BewGe der Kontaktaufnahme durch den AG zu den jeweiligen Referenzgebern zu.

5. Der Auftraggeber weist darauf hin, dass allein der Inhalt der vorliegenden EU-weiten Bekanntmachung maßgeblich ist, wenn die Bekanntmachung zusätzlich in weiteren Bekanntmachungsmedien veröffentlicht wird u. der Bekanntmachungstext in diesen zusätzlichen Bekanntmachungen nicht vollständig, unrichtig oder verändert wiedergegeben wird.

6. Zu Kooperationsformen im vorliegenden Vergabeverfahren (s. auch III.1): Sofern eine Bewerbung als BewGe erfolgt, ist mit dem Teilnahmeantrag eine von allen Mitgliedern der BewGe ausgefüllte Erklärung einzureichen, aus der sich auch die gesamtschuldnerische Haftung (vgl. Ziff. III.1.8) dieser Bekanntmachung) im Zuschlagsfall, die Namen sämtlicher

Mitglieder der BewGe, ein bevollmächtigter Vertreter und die Absicht, sich im Fall der erfolgreichen Bewerberauswahl zur Bietergemeinschaft und im Zuschlagsfall zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammenzuschließen, ergibt. BewGe dürfen nur einen Teilnahmeantrag einreichen und müssen im AI Vergabemanager als Bietergemeinschaft registriert sein.

Die unter Ziffer III.1.1) bis Ziffer III.1.3) benannten Unterlagen sind bei Vorliegen einer Bewerbergemeinschaft für jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft in einem gesonderten Formular vorzulegen.

BewGe haben darüber hinaus eine Erklärung folgenden Inhalts abzugeben: Sämtliche Mitglieder der BewGe bzw. der Vertreter der BewGe haben/hat zu erklären, dass die Bildung keinen Verstoß gegen § 1 GWB darstellt. Darüber hinaus ist von den Mitgliedern der BewGe bzw. dem Vertreter dieser zu erklären, inwiefern für das jeweilige beteiligte Unternehmen wirtschaftlich zweckmäßige und kaufmännische Gründe vorliegen, sich nicht allein um die Auftragsvergabe zu bewerben.

Der AG stellt hierzu ein Formblatt zur Verfügung. Es kann auf Anlagen verwiesen werden.

7. Beabsichtigt der Bewerber oder ein Mitglied einer Bewerbergemeinschaft, sich hinsichtlich der wirtschaftlichen und finanziellen oder technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit auf andere Unternehmen (Dritter / Nachunternehmer /konzernverbundener Unternehmen) zu berufen (Eignungsleihe), so sind die unter Ziffer III.1.1) benannten Unterlagen für die anderen Unternehmen ebenfalls mit dem Teilnahmeantrag vorzulegen. Angaben zu den unter Ziffer III.1.2) oder/und III.1.3) benannten Eignungskriterien können im Umfang der gewünschten Eignungsleihe bezogen auf die anderen Unternehmen gemacht werden. Soweit sich Angaben zur Eignung auf diese anderen Unternehmen (Eignungsverleiher) beziehen, ist dies bei den jeweiligen Angaben zur Eignung deutlich zu machen. Weiterhin ist mit dem Teilnahmeantrag die Verpflichtungserklärung der anderen Unternehmen vorzulegen, nach deren Inhalt die rechtlich und tatsächlich abgesicherte Verfügbarkeit über die entsprechenden Ressourcen der Dritten nachgewiesen wird. Bei einer Bezugnahme auf Kapazitäten eines anderen Unternehmens im Hinblick auf die wirtschaftliche oder finanzielle Leistungsfähigkeit ist durch dieses ausdrücklich zu bestätigen, dass es mit dem Bewerber im Auftragsfall gemeinsam für die Auftragsdurchführung entsprechend dem Umfang der Eignungsleihe haftet.

Beabsichtigt der Bewerber, im Hinblick auf vorzulegende Nachweise/Angaben /Erklärungen für die erforderliche berufliche Leistungsfähigkeit wie Ausbildungs- oder Befähigungsnachweise oder die einschlägige berufliche Erfahrung (Referenzen) die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch zu nehmen, so ist durch dieses ausdrücklich zu

bestätigen, dass es die Leistungen (üblicherweise als Unterauftragnehmer) im Auftragsfall erbringen wird, für die diese Kapazitäten benötigt werden.

8. Der Auftraggeber hat für die Einreichung der Teilnahmeanträge Formulare erstellt. Diese sind für die Einreichung der Teilnahmeanträge zu verwenden und über die Vergabeplattform gem. I.1 herunterzuladen. Eine vorherige Registrierung auf v. g. Vergabeplattform ist erforderlich. Die Teilnahmeanträge müssen bis zum Schlusstermin (s. Ziffer IV.2.2) über die Vergabeplattform in Textform eingereicht werden.

Mit dem Teilnahmeantrag müssen alle notwendigen Unterlagen/ Nachweise (s. Ziffer III.1) eingereicht werden.

9. Voraussichtliche Angebotseinreichungsfrist: 29.04.2022, 12:00 Uhr
Der Bieter hat als Teil seines Angebots das ausgefüllte Leistungsverzeichnis einzureichen.

Die BVG behält sich vor, den Zuschlag auch ohne Verhandlungen auf das Erstangebot zu erteilen.

Sofern der AG Verhandlungen durchführt, wird der AG den Bieterkreis aufgrund einer ersten Auswertung der Angebote anhand der Zuschlagskriterien (Bewertungsmatrix für Erstangebote) reduzieren und die zwei bestplatzierten Bieter zum Verhandlungsgespräch einladen und nur mit diesen Bietern das Verhandlungsverfahren fortsetzen (sukzessives Abschichten).

Mögliche Verhandlungsgespräche finden voraussichtlich am 12.05.2022 statt.
Nach Abschluss der Verhandlungen werden die verbliebenen Bieter aufgefordert, ihre überarbeiteten verbindlichen Angebote abzugeben. Diese werden dann gemäß der bekanntgemachten Zuschlagskriterien ausgewertet.

10. Datenschutz: Der Bewerber hat die Bestimmungen der Datenschutz-Grundverordnung, des Bundesdatenschutzgesetzes sowie anderer geltender Gesetze zum Schutz personenbezogener Daten einzuhalten. Für die Übermittlung personenbezogener Daten an den Auftraggeber trägt der Bewerber die datenschutzrechtliche Verantwortung und hat entsprechend die Rechtmäßigkeit sicherzustellen (z.B. durch Einholung von Einwilligungen bei Angaben natürlicher Personen)

VI.4. Procedures for review

VI.4.1. Review body

Official name: Vergabekammer des Landes Berlin

Postal address: Martin- Luther- Str. 105

Town: Berlin

Postal code: 10825

Country: Germany

Telephone: +49 30-9013-8316

Fax: +49 30-9013-7613

VI.4.3. Review procedure

Precise information on deadline(s) for review procedures:

§ 160 GWB

(1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein.

(2) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht.

(3) Der Antrag ist unzulässig, soweit

1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt,

2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2. § 134 Absatz 1 Satz 2 bleibt unberührt.

VI.5. Date of dispatch of this notice

07/03/2022